

**Gemeinde Schwaikheim**  
**Rems-Murr-Kreis**

**Satzung über die Erhebung von Gebühren für öffentliche Leistungen**  
**(Verwaltungsgebührensatzung)**

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) und der §§ 2 und 11 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Schwaikheim am 17.04.2007 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1 Gebührenpflicht**

Die Gemeinde Schwaikheim erhebt für öffentliche Leistungen, die sie auf Veranlassung oder im Interesse Einzelner vornimmt, Gebühren nach dieser Satzung (Verwaltungsgebühren), soweit nicht Bundesrecht oder Landesrecht etwas anderes bestimmen. Unberührt bleiben Bestimmungen über Verwaltungsgebühren in besonderen Gebührensatzungen der Gemeinde.

**§ 2 Gebührenfreiheit**

(1) Verwaltungsgebühren werden nicht erhoben für öffentliche Leistungen, die folgende Angelegenheiten betreffen:

- a) Gnadensachen,
- b) das bestehende oder frühere Dienstverhältnis von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes,
- c) die bestehende oder frühere gesetzliche Dienstpflicht oder die bestehende oder frühere an Stelle der gesetzlichen Dienstpflicht geleistete Tätigkeit,
- d) Prüfungen, die der beruflichen Aus- und Weiterbildung dienen, mit Ausnahme von Prüfungen zur Notenverbesserung,
- e) Leistungen geringfügiger Natur, insbesondere mündliche und einfache Auskünfte, soweit bei schriftlichen Auskünften nicht durch diese Satzung etwas anderes bestimmt ist,
- f) die behördliche Informationsgewinnung,
- g) Verfahren, die von der Gemeinde ganz oder überwiegend nach den Vorschriften der Abgabenordnung durchzuführen sind, mit Ausnahme der Entscheidung über Rechtsbehelfe.

(2) Von der Entrichtung der Verwaltungsgebühren sind, soweit Gegenseitigkeit besteht, befreit

- a) das Land Baden-Württemberg,
- b) die landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die nach den Haushaltsplänen des Landes für Rechnung des Landes verwaltet werden,
- c) die Gemeinden, Landkreise, Gemeindeverbände und Zweckverbände sowie Verbände der Regionalplanung in Baden-Württemberg.

Die Befreiung tritt nicht ein, soweit die in Satz 1 Genannten berechtigt sind, die Verwaltungsgebühren Dritten aufzuerlegen oder sonst auf Dritte umzulegen.

(3) Weitere spezialgesetzliche Gebührenbefreiungstatbestände bleiben unberührt.

**§ 3 Gebührenschuldner**

(1) Zur Zahlung der Verwaltungsgebühren und Auslagen ist derjenige verpflichtet

1. dem die öffentliche Leistung zuzurechnen ist,
2. der die Gebühren- und Auslagenschuld der Gemeinde gegenüber durch schriftliche Erklärung übernommen hat,
3. der für die Gebühren- und Auslagenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

(2) Mehrere Gebühren- und Auslagenschuldner haften als Gesamtschuldner.

#### **§ 4 Gebührenhöhe**

(1) Die Höhe der Verwaltungsgebühren richtet sich nach dem dieser Satzung beigefügten Gebührenverzeichnis. Das Gebührenverzeichnis ist Bestandteil der Satzung. Für öffentliche Leistungen, für die im Gebührenverzeichnis weder eine Verwaltungsgebühr bestimmt noch Gebührenfreiheit vorgesehen ist, ist eine Gebühr von 3,00 Euro bis 10.000,-- Euro zu erheben.

(2) Ist eine Verwaltungsgebühr innerhalb eines Gebührenrahmens zu erheben, bemisst sich ihre Höhe nach dem Verwaltungsaufwand, sowie nach der wirtschaftlichen oder sonstigen Bedeutung für den Gebührenschuldner.

(3) Ist eine Verwaltungsgebühr nach dem Wert des Gegenstandes zu berechnen, so ist der Verkehrswert zur Zeit der Beendigung der Leistung maßgebend. Der Gebührenschuldner hat auf Verlangen den Wert des Gegenstandes nachzuweisen. Bei Verweigerung oder ungenügender Führung des Nachweises hat die Behörde den Wert auf Kosten des Gebührenschuldners zu schätzen. Sie kann sich hierbei Sachverständiger bedienen.

(4) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung abgelehnt, wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von einem Zehntel bis zum vollen Betrag der Gebühr, mindestens 3,00 Euro erhoben. Wird der Antrag ausschließlich wegen Unzuständigkeit abgelehnt, wird keine Gebühr erhoben.

(5) Wird der Antrag auf Erbringung einer öffentlichen Leistung mit dessen sachlicher Bearbeitung begonnen ist, vor Erbringung der öffentlichen Leistung zurückgenommen oder unterbleibt die öffentliche Leistung aus sonstigen, vom Schuldner zu vertretenden Gründen, so wird je nach dem Stand der Bearbeitung ein Zehntel bis zur Hälfte der vollen Gebühr erhoben. Die Mindestgebühr beträgt 3,00 Euro.

#### **§ 5 Entstehung der Gebühr**

(1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.

(2) Bei Zurücknahme eines Antrages nach § 4 Absatz 5 dieser Satzung entsteht die Gebührenschuld mit der Zurücknahme, in den anderen Fällen des § 4 Absatz 4 Satz 1 dieser Satzung mit der Beendigung der öffentlichen Leistung.

#### **§ 6 Fälligkeit, Zahlung**

(1) Die Verwaltungsgebühr wird durch schriftlichen oder mündlichen Bescheid festgesetzt und ist mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig.

(2) Die Erbringung einer öffentlichen Leistung, die auf Antrag erbracht wird, kann von der Zahlung eines Vorschusses oder von der Leistung einer Sicherheit bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen abhängig gemacht werden. Dem Antragsteller ist eine angemessene Frist zur Zahlung des Vorschusses oder zur Leistung der Sicherheit zu setzen. Die Gemeinde kann den Antrag als zurückgenommen behandeln, wenn die Frist nicht eingehalten wird und der Antragsteller bei der Anforderung des Vorschusses oder der Sicherheitsleistung hierauf hingewiesen worden ist.

(3) Ausfertigungen, Abschriften sowie zurückzugebende Urkunden, die aus Anlass der öffentlichen Leistung eingereicht worden sind, können bis zur Bezahlung der festgesetzten Gebühren und Auslagen zurückbehalten werden.

#### **§ 7 Auslagen**

(1) In der Verwaltungsgebühr sind die der Gemeinde erwachsenen Auslagen inbegriffen. Übersteigen die Auslagen das übliche Maß erheblich, werden sie gesondert in der tatsächlich entstandenen Höhe festgesetzt. Dies gilt auch dann, wenn für eine öffentliche Leistung keine Gebühr erhoben wird.

(2) Auslagen nach Abs. 1 Satz 2 sind insbesondere

- a) Gebühren für Telekommunikation,
- b) Reisekosten,
- c) Kosten öffentlicher Bekanntmachungen,

- d) Vergütungen für Zeugen und Sachverständige sowie sonstige Kosten der Beweiserhebung,
  - e) Vergütungen an andere juristische oder natürliche Personen für Leistungen und Lieferungen,
  - f) Kosten der Beförderung und Verwahrung von Personen und Sachen.
- 3) Auf die Erstattung von Auslagen sind die für Verwaltungsgebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Der Anspruch auf Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrags.

## § 8 Schlußvorschriften

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.  
 (2) Zu gleicher Zeit treten die Verwaltungsgebührenordnung vom 10.12.1992, zuletzt geändert mit Wirkung zum 06.12.2001 durch Beschluss des Gemeinderats vom 27.11.2001 und alle sonstigen dieser Satzung entsprechenden oder widersprechenden Vorschriften außer Kraft.

### Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde Schwaikheim geltend gemacht worden ist.

Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, eine eventuelle Genehmigung oder die Bekanntmachung dieser Satzung verletzt worden sind.

### Anlage zur Verwaltungsgebührensatzung

Lfd. Nr.	Amtshandlung	Gebühr (Euro)
<b>1.</b>	<b>Allgemeine Verwaltungsgebühr</b>	
1.1.	Allgemeine Verwaltungsgebühr nach (§ 4 Abs. 1 Satz 3 der Satzung)	3,-- bis 10.000,--
<b>2.</b>	<b>Anträge</b>	
2.1.	Bearbeitung von mündlichen und schriftlichen Anträgen, Erklärungen, Gesuchen und dergl., die von der Gemeinde nicht in eigener Zuständigkeit zu bescheiden sind, soweit die Mitwirkung der Gemeinde nicht vorgeschrieben oder angeordnet ist	3,-- bis 100,--
2.2.1.	Ablehnung eines Antrags usw. nach § 4 Abs. 4 Satz 1 der Satzung  Bei Unzuständigkeit gebührenfrei	1/10 bis volle Gebühr, mind. 3,--
2.3	Zurücknahme eines Antrags nach (§ 4 Abs. 5 der Satzung)	1/10 bis 1/2 der vollen Gebühr, mind. 3,--
<b>3.</b>	<b>Auskünfte</b>	
3.1.	Auskünfte insbesondere aus Akten und Büchern oder Einsichtnahme in solche  Mündliche Auskünfte sind gebührenfrei	7,-- bis 80,--
<b>4.</b>	<b>Allgemeine Befreiungen</b>	
4.1.	Befreiung (Ausnahmebewilligung, Dispens) von gesetzlichen Vorschriften oder gemeindlichen Bestimmungen.	

		10,50 bis 500,--
<b>5.</b>	<b>Beglaubigung, Bestätigungen</b>	
5.1.	Amtliche Beglaubigungen von Unterschriften, Handzeichen und Siegeln. Werden mehrere Unterschriften gleichzeitig in einer Urkunde beglaubigt oder wird die Unterschrift einer Person mehrfach auf verschiedenen Urkunden, aber aufgrund eines gleichzeitig gestellten Antrags beglaubigt, so kommt nur für die erste Unterschrift die volle Gebühr, für jede weitere die Hälfte der für die erste erhobenen Gebühr zum Ansatz	4,-- bis 125,--
5.2.	Amtliche Beglaubigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Unterschrift je Seite für Schüler und Studenten zu Bewerbungszwecke je Seite	4,-- 1,--
5.3.	Bestätigung der Übereinstimmung von Abschriften, Auszügen, Niederschriften, Ausfertigungen, Fotokopien usw. aus amtlichen Akten oder privaten Schriftstücken mit der Urschrift je Seite	4,--
5.4.	Wird die Abschrift, Ausfertigung, Fotokopie usw. von der Gemeinde selbst hergestellt, so kommen die Schreibgebühren (Nr. 10) hinzu	
<b>6.</b>	<b>Bescheinigungen</b>	
6.1.	Bestätigungen, Zeugnisse, Atteste, Ausweise aller Art (auch Zweit- und Mehrfertigungen, soweit nichts anderes bestimmt ist)	3,-- bis 42,--
6.2.	Gebührenfrei sind Bestätigungen, die die Gemeinde für den Empfang und die Verwendung von Zuwendungen für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne des Einkommen- und Körperschaftsteuerrechts (z.B. §§ 10 b EStG, 9 Nr. 3 KStG) ausstellt (Spendenbescheinigungen)	gebührenfrei
<b>7.</b>	<b>Allgemeine Genehmigungen</b>	
7.1.	Genehmigungen, Erlaubnisse, Zulassungen, Konzessionen, Bewilligungen und dergl. aller Art, soweit nichts anderes bestimmt ist	3,-- bis 500,--
<b>8.</b>	<b>Allgemeine Gutachten</b>	
8.1.	Gutachten (Augenscheine) nach dem Wert des Gegenstands	1 bis 5 %, mind. jedoch je angefangene halbe Stunde der Inanspruchnahme 12,50

<b>9.</b>	<b>Rechtsbehelfe</b>	
9.1.	Rechtsbehelfe (Widerspruch, Einspruch Im Wahlanfechtungsverfahren, Gegenvorstellung, Dienstaufsichts- beschwerde usw.) wenn die Rechtsbehelfe im Wesentlichen als unzulässig oder unbegründet zurückgewiesen werden oder wenn die Gebühr einem Gegner auferlegt werden kann, der die angefochtene Verfügung oder Entscheidung beantragt hat	je angefangene 60 Minuten 42,--
9.2.	Bei Zurücknahme der Rechtsbehelfe, wenn kein Grund vorliegt, von einem Gebühren- ansatz abzusehen (§ 4 Abs. 5 der Satzung)	1/10 bis 1/2 der Gebühr nach 9.1, Mind. 3,00
<b>10.</b>	<b>Schreibgebühren</b>	
10.1.	Ausfertigungen und Abschriften oder Auszüge aus Akten, Protokollen von öffentlichen Verhandlungen, amtlichen Büchern, Registern usw. (sofern sie nicht durch Ablichtung her- gestellt wurden), die auf Antrag erteilt werden, je angefangene Seite DIN A 4 (der Ausfertigungs- und Beglaubigungsvermerk wird mitgerechnet)	
10.1.1.	für Schriftstücke, die in deutscher Sprache abgefasst sind	7,50
10.1.2.	für Schriftstücke, die in fremder Sprache abgefasst sind	15,--
10.1.3.	für Schriftstücke in tabellarischer Form, Ver- zeichnisse, Listen, Rechnungen, Zeichnungen, wissenschaftliche Texte wird die Schreib- gebühr nach dem Zeitaufwand berechnet, der zur Herstellung benötigt wird. Sie beträgt für jede angefangene Viertelstunde	je angefangene 15 Minuten 10,50
10.2.	für Ablichtungen (Fotokopien) und mittels Textautomat erstellte Mehrstücke werden erhoben	
10.2.1.	bei einem Format bis zu DIN A 4 ° für die erste Seite ° für jede weitere Seite	1,00 0,75
10.2.2.	bei einem größeren Format ° für die erste Seite ° für jede weitere Seite	1,50 1,20
<b>11.</b>	<b>Baugesetzbuch</b>	
11.2.	Ausstellung eines Negativzeugnisses nach § 28 Abs. 1 BauGB (Nichtausübung oder Nichtbestehen des Vorkaufsrecht)	15,--
<b>12.</b>	<b>Bauordnungsrecht</b>	
12.1.	Bestätigung des Zeitpunkts des Eingangs der vollständigen Bauvorlagen im Kenntnisgabeverfahren (§ 53 Abs. 3 Nr. 1 LBO)	0,5 vom Tausend der Baukosten bzw. Abbruchkosten mind. 50,--
12.2.	Mitteilung nach § 53 Abs. 4 LBO	wie 12.1.

12.3.	Benachrichtigung der Angrenzer im Kenntnisgabeverfahren (§ 55 LBO)	7,-- je zu benachrichtigendem Angrenzer, mind. 25,--
<b>13.</b>	<b>Bestattungsrecht</b>	
13.1.	Ausstellung eines Leichenpasses (§§ 44 und 45 Bestattungsgesetz)	25,--
13.2.	Unbedenklichkeitsbescheinigung für Feuerbestattung (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 Bestattungsverordnung)	20,--
<b>14.</b>	<b>Feiertagsrecht</b>	
14.1.	Befreiung von verbotenen Tätigkeiten während des Hauptgottesdienstes (§§ 7 Abs. 2, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz)	je angefangene 15 Minuten 11,--
14.2.	Befreiung vom Tanzverbot an bestimmten Feiertagen (§§ 11, 12 Abs. 1 Feiertagsgesetz)	
14.2.1.	pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen von 3.00 bis 24.00 Uhr verboten sind	22,-- bis 100,--
14.2.2.	pro Tag, an dem Tanzveranstaltungen während des ganzen Tages verboten sind	22,-- bis 200,--
<b>15.</b>	<b>Fundsachen</b>	
15.1.	Aufbewahrung einschließlich Aushändigung an den Verlierer, Eigentümer oder Finder bei Sachen bis zu 500,-- Euro Wert	5 % des Werts, mind. jed. 2,50
15.2.	bei Sachen über 500,-- Euro Wert	3 % von 500,-- und 1 % des Mehrwertes
<b>16.</b>	<b>Kirchenaustrittsverfahren</b>	
16.1.	Amtshandlungen im Kirchenaustrittsverfahren	25,--
<b>17.</b>	<b>Melderecht</b>	
17.1.	Auskünfte aus dem Melderegister	
17.1.1.	Einfache Auskunft (§ 32 Abs. 1 Meldegesetz - MG)	7,50
17.1.2.	Erweiterte Auskunft (§ 32 Abs. 2 MG)	15,--
17.1.2.1.	Elektronische einfache Auskunft über KDRS	5,--
17.1.3.	Gruppenauskunft (§ 32 Abs. 3, § 34 Abs. 1, 2 und 3 MG)	2,50 Euro jeweils für jede Person, auf die sich die Auskunft erstreckt
17.1.4.	Gruppenauskunft nach Nr. 17.1.3., die mit Hilfe der automatischen Datenverarbeitung gegeben wird	22,-- bis 2.500,--
17.2.	Datenübermittlungen	
17.2.1.	Datenübermittlungen an Behörden und sonstige öffentliche Stellen (§ 29 MG) und an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften (§ 30 MG)	2,50 Euro jeweils für jede Person, auf die sich die Datenübermittlung erstreckt
17.2.2.	Datenübermittlung nach Nr. 17.2.1., die mit Hilfe der Automatischen Datenverarbeitung vorgenommen wurde	22,-- bis 2.500,--
17.3.	Ausstellung einer Wählbarkeitsbescheinigung (§ 10 Abs. 4 KomWG)	25,--

17.4.	Sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde. Zusätzliche Meldebestätigungen und sonstige Bescheinigungen der Meldebehörde Je Bescheinigung. Werden mehrere gleich- Lautende Bescheinigungen gleichzeitig beantragt, so ermäßigt sich die Gebühr für jede weitere Bescheinigung auf die Hälfte	5,--
17.5.	Sonstige Amtshandlungen der Meldebehörde	je angefangene 15 Minuten 11,--
17.6.	Gebührenfrei sind	
17.6.1.	die Bearbeitung einer Meldung oder Anzeige sowie die Meldebestätigung	gebührenfrei
17.6.2.	die Auskunft an den Betroffenen (§ 11 MG)	gebührenfrei
17.6.3.	die Berichtigung, Ergänzung, Sperrung und Löschung von Daten des Melderegisters	gebührenfrei
17.6.4.	die Eintragung einer Auskunftssperre (§ 33 Abs. 1 Satz 2 MG)	gebührenfrei
<b>18.</b>	<b>Sammlungswesen</b>	
18.1.	Erlaubnis nach § 3 Sammlungsgesetz	22,-- bis 250,--
<b>19.</b>	<b>Straßenrechtliche Sondernutzung</b>	
19.1.	Erteilung der Erlaubnis zur Benutzung einer Straße über den Gemeingebrauch hinaus	22,-- bis 250,--
<b>20.</b>	<b>Fischereirecht</b>	
20.1.	Erteilung eines Fischereischeins auf Lebenszeit (einschl. der Gebühr für den Einzug der zusätz- lich an das Land zu zahlenden Fischereiabgabe	20,--
20.2.	Erteilung eines einjährigen Fischereischeins	13,--
20.3.	Erteilung eines Jugendfischereischeins	12,--
20.4.	Ausstellung eines Ersatz-Fischereischeins bzw. eines weiteren Fischereischeins	12,--
<b>21.</b>	<b>Gewerbesachen</b>	
21.1.	Erteilung einer Empfangsbescheinigung (An-, Um-, Abmeldung § 15 Abs. 1 GewO)	20,--
21.1.2.	Nachträgliche Erteilung einer Empfangsbescheinigung (§ 15 GewO)	15,--
21.2.	Erteilung von Auskünften aus der Gewerbeaktei ° einfache Auskunft ° erweiterte Auskunft	7,50 10,--
21.3.	Spiele	
21.3.1.	Erlaubnis zur Aufstellung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 c Abs. 1 GewO)	44,-- bis 500,--
21.3.2.	Bestätigung gem. § 33 c Abs. 3 GewO	44,-- bis 60,--
21.3.3.	Erlaubnis zur Veranstaltung von anderen Spielen mit Gewinnmöglichkeit (§ 33 d Abs. 1 GewO)	44,-- bis 500,--
<b>22.</b>	<b>Gaststättenrecht</b>	
22.1.	Gestattung gem. § 12 GastG, bis zu 4 Tagen jeder weiterer Tag	20,-- 5,--
<b>23.</b>	<b>Wasserrecht</b>	
23.1.	Zulassung von Ausnahmen in Gewässerrandstreifen § 68 b Abs. 7 WG) Begründung von Zwangsverpflichtungen (§ 88 WG)	je angefangene 30 Minuten 22,--

24.	Naturschutzrecht	
24.1.	Anordnung nach § 33 NatSchG Sperrungen gem. § 54 NatSchG ° Genehmigung von Sperrungen ° Beseitigung ungenehmigter Sperrungen	je angefangene 30 Minuten 22,--

Ausgefertigt  
Schwaikheim, 17.04.2007

gez.  
Häuser  
Bürgermeister